



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zacke ausgespannt hatte, ließ es sich nicht nehmen, zu den Herren in die Herrenstube zu treten.

Vorsicht, Markus, sagte der Wirt, der bei allen Streichen die Hauptrolle zu spielen pflegte, wir Pannewitzer schießen. Damit griff er in seine Brusttasche und holte eine halbe Bratwurst heraus, mit der er wie mit einer Pistole auf Markus anschlug.

Gott der Gerechte! rief dieser erschrocken, machen Sie keine Dummheiten, wie leicht kann so ein Ding losgehen.

Das gab ein großes Hallo, und die Geschichte wurde gleich in der ganzen Stadt weiter erzählt. Aber der Witz fand keinen rechten Anklang. Das Tagesereignis war zum Scherzen zu ernst.

Man hätte den Scherz ruhig gelten lassen können, denn das Duell hatte keine schlimmen Folgen. Für Schlegel gab es ein paar unbequeme Wochen im Privatkrankenhanse zu M. und eine gefalzne Rechnung. Schlegel zahlte ganz gern, als Handgeld darauf, wieder in sein Erbrecht eintreten zu können. Auch Springstucke trat in seine Würden wieder ein. Man wählte ihn, wie früher, wieder zum Vorstände der Zuckerfabrik. Ja man hält es für wahrscheinlich, daß er, wenn der alte Reimberg sein Amt niederlegt, zum unbefoldeten Stadtrat gewählt werden wird. Wird er doch dann zu seinen bisherigen Verdiensten auch den Lorbeer des Felden und die Auszeichnung eines Mannes, der zwei Monate auf der Festung gefessen hat, hinzufügen können.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Agrarier-, Arbeiter- und Händlerorgen. Der arme preussische Landwirtschaftsminister! Wie haben ihn doch seine guten Freunde und Mitagrarier wieder gepeinigt! Daß es Pflicht der Regierung ist, der Einschleppung von Vieh- und Menschenseuchen nach Möglichkeit vorzubeugen, versteht sich ja von selbst; aber daß in Fällen, wo es sich um das liebe Vieh handelt, eine mit dem agrarischen Interesse so unlöslich verbundene Regierung wie die preussische nicht schon aus freien Stücken das Menschenmögliche gethan haben sollte, das glaubt doch wohl niemand. Zunächst denkt man bei jeder Viehseuchendebatte an das Wort eines englischen Ministers, das Hasbach anführt: „'s ist doch merkwürdig; jedesmal, wenn in England das Rindfleisch abschlägt, bricht auf dem Kontinent die Rinderpest aus.“ Dann aber, wenn man erwägt, daß seit Jahrzehnten jeder Staat den andern der Verseuchung anklagt, fühlt man sich zu einer Frage an die Wissenschaft gedrängt, die wir schon vor einigen Jahren einmal ausgesprochen haben. Müssen denn die Viehkrankheiten eingeschleppt sein? Wenn sie in allen Ländern wüten, liegt da nicht die Vermutung nahe, daß sie an dem Orte entstehen, wo sie ausbrechen? Und sollte nicht gerade die rationelle, d. h. mit der Rücksicht auf den größten möglichen Geldertrag betriebne Landwirtschaft daran schuld sein, daß das Vieh so leicht krank wird? Sollten nicht für die Gesundheit des Viehes dieselben Bedingungen gelten wie für die Menschen? Würden Menschen gesund bleiben, die zettelbens in den Stall gesperrt und in einer Weise behandelt würden, die ihren Körper zu einer übermäßigen Fleisch- oder Fett- oder Milchproduktion zwänge?

Gilt nicht ein Mensch schon für krank, wenn er auch nur eine entfernte Ähnlichkeit mit einem Maßschweine zeigt, und wird er dann nicht nach Marienbad oder Rissingen geschickt? Und muß nicht ein im allgemeinen schon kranker Körper die Widerstandsfähigkeit gegen alle übrigen Krankheiten einbüßen? Wir sind weder Viehzüchter, noch Zoologen, noch Mediziner, haben also in diesen Dingen kein Urteil, aber wir wundern uns, daß die drei genannten Klassen von Gelehrten an diesen Umstand, wie es scheint, noch nicht gedacht und noch nicht festgestellt haben, ob das Alpenvieh, das eine naturgemäße und abhärtende Lebensweise führt, in demselben oder in geringerem Grade als das Stallvieh von Seuchen heimgesucht wird. Vielleicht ist die Zeit für diese Frage, abgesehen von dem Interesse der Landwirte, auch darum nicht günstig, weil die Aufmerksamkeit der Medizin heute zu ausschließlich auf den Krankheitserreger und zu wenig auf die Bedingungen gerichtet ist, von denen es abhängt, ob der Bazillus seine verheerende Wirksamkeit entfalten kann oder nicht.

Wie wenig für große Bevölkerungskreise der Bazillus und wie viel die Lebensführung zu bedeuten hat, das lehrt unter andern der Bericht der preußischen Knappschaftsvereine über die Rechnungsergebnisse des Jahres 1895. Von den 428 126 Klassenmitgliedern sind 241 793 erkrankt, im Mächener Revier waren gar 93 Prozent in ärztlicher Behandlung, und im Bochumer Verein kamen durchschnittlich drei ärztliche Konsultationen auf ein Mitglied; mit 46 $\frac{1}{2}$ Jahren ist der preußische Bergnappe halb, mit 49 Jahren ganz invalide. In Beziehung auf den letzten Punkt gingen die Angaben, die auf dem Bochumer Delegirtenkongreß der christlichen Bergarbeitervereine mitgeteilt wurden, noch über den amtlichen Bericht hinaus. Brust behauptete, die meisten Bergarbeiter seien schon vor Ablauf einer fünfundszwanzigjährigen Grubenarbeit invalide. Bei Besprechung der Wetterführung erzählte der Bergmann Walthar aus Schalke, die zugeführte Luft sei oft schon verdorben; auf der Zeche Wilhelmine bei Schalke seien einmal an dem Ort, wo der Bergmann acht Stunden arbeiten muß, zwei Beamte schon nach kurzem Aufenthalt umgefallen. Und was kann der Bergmann, der meistens Familienvater ist, für die so geschädigte Gesundheit thun bei einem Durchschnittslohn von 848 Mark und einem höchsten Lohn von 1114 Mark? So hoch hat ihn Brust für den Oberbergamtsbezirk Dortmund angegeben. Da giebt's Stoff für Ärzte, für solche, die an der Korrektur der Selektionstheorie arbeiten (wie wird nach hundert Jahren die Nachkommenschaft der Bergarbeiterbevölkerung aussehen?), und für — Dramatiker! Abgesehen von solchen düstern Enthüllungen hat ja die Versammlung den erfreulichsten Eindruck gemacht; einträchtiges Zusammenwirken der Konfessionen (woraus Professor Benschlag, der sich offenbar schlecht auf die Zeit versteht, dem wackern Pfarrer Lic. Weber einen Vorwurf gemacht hat), nicht minder einträchtiges Zusammenwirken von Bergleuten, Beamten, Geistlichen und Professoren, ein Berghauptmann zugegen, der den Verhandlungen wohlwollend folgt und vorkommende falsche Angaben berichtigt, ein ruhiger, ernster Sinn, Frömmigkeit und Bescheidenheit, die sich in dem Benehmen und in den Reden der Arbeiter kund geben. Ist es nicht geradezu rührend, wenn Brust die Lösung der Lohnfrage davon erwartet, daß sich dereinst alle Unternehmer und alle Arbeiter, ganz vom Geiste des Christentums durchdrungen, als Brüder fühlen werden, und wenn er dann meint: sollte etwa die zu geringe Rentabilität des Bergbaus daran schuld sein, daß die Arbeiter ihre Sache nicht bekommen, so müsse eben der Staat „sein Ureigentum zurücknehmen“ und den Bergbau betreiben? Das wäre nun alles sehr schön, wenn wir nicht aus dem Rechenschaftsbericht erfahren, daß von den 160 000 Arbeitern des Oberbergamts Dortmund nur etwa 12 000 organisiert sind, und daß davon nur 8300 dem

christlichen Verein angehören. Wir können deshalb die Versammlung nicht mit der Germania „imposant“ finden und vermögen auf Brusts Versicherung nicht zu bauen, daß die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Kohlengebietes frei von Streikgedanken und die gegenteiligen Berichte verschiedener Blätter falsch seien. Hat doch sogar Gardens Pluto, rein nur vom Finanzstandpunkte aus, die Lage für wenig geheuer erklärt. Man frage sich, berichtet er unter anderm, wie lange der gegenwärtige Aufschwung dauern werde; manche hofften, er werde anhalten, weil die Kaufkraft der Arbeiter gestiegen sei, aber das sei ein Irrtum, da auch in den Industrien, die in der letzten Zeit bedeutende Gewinne abgeworfen hätten, nennenswerte Lohnsteigerungen nicht vorgekommen seien. Unter diesen Umständen seien die rheinisch-westfälischen Großindustriellen auf einen Ausstand gefaßt und seien bereits mit den Arbeiterführern vorbeugend in Verbindung getreten. Dieses letzte, der Vorbeugungsversuch, wird von der Zeitung deutscher Berg- und Hüttenarbeiter, dem Organ des alten, sozialdemokratischen Vereins, in Abrede gestellt.

Bildet Sorge neben der mühseligen Arbeit beim Bergmann so ziemlich den ganzen Lebensinhalt, so ist sie für den Börsenmann höchstens ein zuträgliches Zehrmittel, das die Marienbader Kur unterstützt. Wenn wir für die Börse gegen die Agrarier eintreten, so geschieht das nicht aus Haß gegen die Landwirte und aus Liebe zu den Händlern oder gar aus Mitleid mit ihnen — diese Herren werden sich unter allen Umständen zu helfen wissen —, sondern nur, weil wir die Wege, die die Landwirte zur Verbesserung ihrer Lage einschlagen, für verkehrt halten. Und so lassen wir uns denn auch nicht täuschen, wenn die Händler in ihren augenblicklichen Nöten die politische Maske vornehmen und die Vereinigung aller Liberalen zu einem Kreuzzuge gegen die Reaktion predigen. Dabei kann nichts herauskommen, könnte auch dann nichts herauskommen, wenn sich zum Händlerinteresse aufrichtige politische Begeisterung gesellte, denn der Liberalismus hat seine Rolle vorläufig ausgespielt. Es giebt zwei Hauptarten von Liberalismus.*) Die eine besteht in der Gefinnung einer Aristokratie, die keinen Herrn über sich duldet, sich und das Volk regiert, für sich selbst ein hohes Maß persönlicher Freiheit in Anspruch nimmt, frei ist von philiströser Engherzigkeit in Sachen der Religion und Moral wie des Wirtschaftslebens und auch dem Volke Freiheiten gönnt, das alles jedoch nur unter der Voraussetzung, daß dieses Volk, die handarbeitende Masse, entweder durch das Gesetz oder durch Armut und Unbildung der Möglichkeit beraubt ist, die Herrschaft und das Genußleben der Vornehmen zu bedrohen. Das ist der Liberalismus der Republiken des Altertums und der englische Liberalismus des vorigen Jahrhunderts. Die andre Art gründet sich auf die philosophische oder religiöse Überzeugung von der Gleichheit und Gleichberechtigung aller Menschen; das ist der Liberalismus Rousseaus, der französischen Revolution, der deutschen Freiheitsdichter („Und frei erklär ich alle meine Knechte!“), der Sozialisten und Kommunisten. So lange das deutsche Bürgertum den Monarchen und dem Adel halb oder ganz rechtlos gegenüberstand, hat es der zweiten Spielart des Liberalismus gehuldigt und sich der Massen für seine Zwecke bedient, womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß das mit der bewußten Absicht geschehen sei, nach Erreichung des Zieles den unbequemen Bundesgenossen fallen zu lassen. Aber das machte sich ganz natürlich von selbst. Der eine Teil des Großbürgertums stellte sich nun unbefangen auf den neu gewonnenen Standpunkt und nahm, zur andern Art des Liberalismus übergehend, den eroberten politischen Einfluß als das selbstverständliche

*) Es ist notwendig, von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß das Gegenteil von liberal weder konservativ noch feudal, sondern servil und absolutistisch ist.

Vorrecht von Besitz und Bildung für sich allein in Anspruch. Damit sind die untern Schichten von der Partei abgestoßen, soweit sie sich Selbständigkeit zu erkämpfen vermögen, und nicht gezwungen, nationalliberal oder freikonservativ stimmen. Nach diesen verstreuten Wählern, die teils das Zentrum, teils die Sozialdemokratie, teils der Antisemitismus gekapert hat, und nach der liberalen Aristokratie fischen jetzt die Herren vom linken Flügel der alten liberalen Partei vergebens;*) vergebens schon darum, weil ja jedermann auf den ersten Blick sieht, daß es sich nicht um Volksfreiheit, sondern bloß um Standesinteressen handelt; in wie weit es die Fabrikanten für vorteilhaft erachten, das Agrariertum zu unterstützen, und in welchem Grade die Händler durch die neue Wirtschafts- und Handelspolitik geschädigt werden, das sind Geldfragen, keine idealen, keine Rechts- und Freiheitsfragen. Es ist schon möglich, daß sich die Sozialdemokraten noch einmal zu nationaler Gesinnung bekehren oder aus andern Gründen ihrer jetzigen Führer überdrüssig werden, aber einen Eugen Richter, den sogar — vom Zentrum gar nicht zu reden — der Bundesrat in der Arbeiterfreundlichkeit übertrifft, den werden sie sich gewiß nicht zum Führer wählen. Vorläufig, sagten wir, habe der Liberalismus seine Rolle ausgespielt, für immer gewiß nicht, wenn wir politisch lebendig bleiben sollen, denn ohne ihn giebt es auf die Dauer kein politisches Leben. Einstweilen gewährt dem Häuflein der Freisinnigen, so klein es sein mag, seine Stellung zur Regierung einigen Rückhalt. Sie haben gegen keinen Minister intriguiert, sie stellen nicht, gleich dem Grafen Limburg-Stürum und den übrigen „geborenen“ Thronstützen, die Autorität eines untergeordneten Polizeibeamten über die des Auswärtigen Amtes, und sie muten den Ministern Seiner Majestät des deutschen Kaisers und Königs von Preußen nicht zu, allein von allen heutigen Sterblichen das Beispiel übermenschlicher christlicher Demut zu geben und sich schweigend verleunden, ja von den Schützlingen der Agrarier auf öffentlichem Markte geduldig ohrfeigen zu lassen.

Ein deutsches Arbeitsamt. Die Hamburger Nachrichten haben sich über die Einrichtung eines „Arbeitsamts“ u. a. folgendes aus Berlin telegraphiren lassen: „Anlässlich des Hamburger Hafnarbeiterausstands wird auch von denen, welche die Natur dieses Streiks richtig erkannt haben, ihn als frivol bezeichnen und sich auf die Seite der Arbeitgeber stellen, die Errichtung eines Arbeitsamts verlangt, welches für das ganze Reich geschaffen werden, die bei jedem Ausstande in Betracht kommenden Thatsachen feststellen und auf Grund des so gewonnenen Materials dem einen Teile Recht, dem andern Unrecht geben soll. Das Arbeitsamt mit solchen Befugnissen würde lediglich eine Farce sein, wenn ihm nicht auch die Staatsgewalt zur Verfügung gestellt würde, d. h. wenn es nicht das Recht erhielte, seinen Entscheidungen eventuell mit Gewalt Nachdruck zu verleihen. Es ist also anzunehmen, daß die Befürworter der Errichtung eines Arbeitsamtes auch zu dieser Konsequenz sich bekennen. Wir warnen vor dem Betreten dieses Weges, weil er direkt in die sozialistischen Staat hineinführen und der Bürokratie eine Macht in die Hand geben würde, deren Größe doch nicht im Verhältnis zu dem Vertrauen steht, welches ihr im Volke entgegengebracht wird.“ Der Artikel äußert sich dann weiter dahin, daß der Staat zwar nicht allen wirtschaftlichen Vorgängen mit verschränkten Armen zusehen solle, aber sich „in Streitigkeiten privater Natur einzumischen“ unter allen Umständen vermeiden solle. Er solle vielmehr „diese Vorgänge“ durch Gesetzgebung und Verwaltung so zu regeln suchen, „daß sie in einer

*) Zunächst handelte es sich allerdings bei dem Sturm im Wasserglase bloß um die Wiedervereinigung der beiden linksliberalen Fraktionsplitter, aber was würde die nutzen ohne Vermehrung der Wählerschaft?

für die Allgemeinheit den meisten Nutzen bringenden Weise verlaufen.“ Wie sonst in der Ausstandsfrage geholfen werden könne, sagen die Hamburger Nachrichten nicht, sie stellen nur noch fest, daß die bisherigen Einigungsämter nichts geholfen hätten.

Wir haben uns bemüht, die Ansicht und Absicht dieser Warnung von dem gegenwärtigen Standpunkte der nationalen und staatlichen Gesamtinteressen aus zu verstehen und sehen uns da zu folgenden Bemerkungen veranlaßt. Soweit neuerdings die Errichtung eines Arbeitsamts befürwortet worden ist, und wir selbst sind wiederholt dafür eingetreten, will man damit keineswegs eine Zentralstelle geschaffen haben, die in allen Ausstandsfällen dem einen Teile Recht und dem andern Unrecht geben und ihrer Entscheidung unter Umständen mit Gewalt Nachdruck verleihen soll. Aber man will trotzdem durchaus nicht nur eine Farce. Auch wenn der Staat „diese Vorgänge“ nach dem Räte der Hamburger Nachrichten regeln soll, ist es vor allen Dingen nötig, daß die Staatsleitung über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, aus denen „diese Vorgänge“ entspringen, dauernd und genau unterrichtet sei. Das ist sie aber jetzt nicht und kann sie auch nach den bestehenden Einrichtungen gar nicht sein. Daher kommt es auch, daß sich immer wieder, bald von rechts, bald von links Einflüsse auf Gesetzgebung und Verwaltung geltend zu machen suchen, die nicht für die Allgemeinheit, sondern für einzelne Interessentengruppen den meisten Nutzen herauschlagen wollen. Bleibt das so, so blüht angefangen der Hamburger Vorgänge und ihrer Begleitererscheinungen, des Professorenaufrufs usw., natürlich wieder einmal der Weizen der Leute, die durch neue Umsturzvorlagen oder Koalitionsverbote die Dinge nur schlimmer machen würden, als sie schon sind, denen auch ein „Putsch“ recht wäre, der denen, die das Schwert in der Hand haben, Angst einjagen und sie willfährig machen könnte, selbstsüchtigsten Klasseninteressen blind zu dienen. Wir kennen recht viele, und die Hamburger Nachrichten vielleicht auch, die diese Abart der Scheiterhaufenpolitik heute noch ebenso befürworten wie vor fünf Jahren. Möge der Kaiser sich und das Vaterland vor solchen Helfern behüten! Deshalb verlangen wir immer wieder von der Regierung: eignes unabhängiges Vorgehen, eignen, festen, klaren Entschluß! Nun hat aber die Regierung für die Lösung der Aufgabe, die ihr in der Ausstandsfrage gestellt ist, anderswo weder brauchbare Vorgänge, noch praktische Erfahrungen. Die Organisation der beiden Parteien versagt ebenso, wie es die bisherigen Einigungsämter thun. Auf dem Katheder und in der Studirstube mögen immerhin manchmal wertvolle Theorien auch für diese Frage gewonnen werden, auch die „Seminararbeiten,“ denen man bisher die Erforschung der Arbeitsverhältnisse in Deutschland fast allein überlassen hat — die örtlichen Behörden haben ja angeblich keine Zeit mehr für solche Dinge —, mögen gewissen Unterrichtszwecken recht förderlich sein, aber als Grundlage für praktische Maßnahmen in der Gesetzgebung und Verwaltung werden sie zur reinen Karrikatur. Hierin soll das Arbeitsamt zunächst Wandel schaffen, durch die dauernde, verantwortliche, amtliche Arbeit reifer, in der Praxis geschulter Männer, die das erreichbare Ziel immer vor Augen behalten, unter ausgiebiger Mitwirkung natürlich der Ortsorgane, die dazu geeignet sind und wieder Zeit dazu finden müssen. Die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik haben die Notwendigkeit eines solchen dauernden Arbeitsamts mit jeder Drucksache, die erschienen ist, immer mehr erkennen lassen, während jede Veröffentlichung des französischen Arbeitsamts den positiven Beweis dafür bringt, was eine solche Stelle der Staatsleitung leisten kann. Diese Aufgabe ist ganz gewiß keine Farce, wenn auch freilich dabei für die nichts herauskommt, die im Trüben fischen möchten, wie bisher. Aber auch ein Eingreifen des Staats in den einzelnen Ausstandsfällen durch geeignete beauftragte Stellen — nicht